



**Stadt Kamen**

**Niederschrift**

**BB**

über die  
2. Sitzung des Behindertenbeirates  
am Montag, dem 24.11.2014  
in der Sparkasse UnnaKamen, Sparkassenplatz 1

Beginn: 17:00 Uhr  
Ende: 19:25 Uhr

Anwesend

SPD

Frau Petra Hartig  
Herr Yannick Heineck  
Herr Peter Holtmann  
Frau Renate Jung  
Herr Silvester Runde

CDU

Herr Ralf Langner  
Frau Susanne Middendorf  
Herr Franz Hugo Weber

Bündnis 90/DIE GRÜNEN  
Frau Manuela Laßen

FW/FDP

Herr Alfred Mallitzky

Sachverständige gem. Beschluss des Rates der Stadt Kamen

Frau Daniela Brock  
Herr Dietmar Clausing  
Herr Klaus Gödecker  
Frau Brigitte Hilbk  
Herr Helmut Hunsdiek  
Frau Petra Jung  
Frau Kerstin Schneider  
Frau Frauke van Lück  
Herr Jörg Wüster

Ortsvorsteher

Herr Ulrich Klein

#### Verwaltung

Herr Reiner Brüggemann  
Herr Andreas Eichler  
Herr Jörg Grudnio  
Herr Josef Jungmann  
Herr Jörg Mösger  
Herr Willi Präkelt

#### Gäste

Herr Helmut Filmann  
Frau Margarete Hilsmann  
Frau Christa Kunstmann  
Herr Martin Seidlitz  
Frau Klara Seltmann  
Herr Wenge, Städt. Sparkasse Kamen  
Frau Dagmar Wozniak

#### Entschuldigt fehlten

Frau Britta Dreher  
Frau Ingrid Kollmeier  
Frau Ulrike Skodd  
Herr Matthias Thomas  
Frau Gabriela Tönnies  
Frau Manuela Wolf

Frau **Jung** eröffnete die Sitzung und bedankte sich für die Möglichkeit, die Sitzung nach der letztjährigen Unterbrechung wieder in den Räumlichkeiten der Sparkasse UnnaKamen abhalten zu können. Sie stellte fest, dass die Einladung zur Sitzung fristgerecht zugegangen sei.

Frau **Middendorf** stellte für die CDU-Fraktion den Antrag, dass die Tagesordnungspunkte 5 und 8 zusammen behandelt werden mögen.

Frau Renate **Jung** äußerte ihre ablehnende Haltung. Nachdem die Referentin zu TOP 5, Frau Brüggendorst, auf Befragen keine Einwände erhob, stimmte Frau Jung der Zusammenlegung zu.

## A. Öffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Verpflichtung der Beiratsmitglieder	
2	Aufnahme Einwohnerfragestunde in die Tagesordnung der Sitzung des Behindertenbeirates und Durchführung der Einwohnerfragestunde	151/2014
3	Einwohnerfragestunde	
4	Inklusion in Schulen hier: Sachstandsbericht der Verwaltung	
5	Vorstellung des Projektes MIAR-Miteinander arbeiten Referentin: Frau Brüggendorst	
6	Anregungen aus den Behindertenverbänden	
7	Anhörung des Behindertenbeirates nach dem Behindertengleichstellungsgesetz	
8	Arbeitsplatzsituation für Menschen mit Behinderungen im Arbeitsagentur-Bezirk Kamen hier: Antrag der CDU-Fraktion	
9	Kamen erklärt sich solidarisch: "Die Stadt und die Behinderten" - Erklärung von Barcelona hier: Antrag der CDU-Fraktion	
10	Wirtschaftlicher Ausblick Referent: Herr Bernd Wenge, Vorstandsmitglied der Sparkasse UnnaKamen	
11	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	

## B. Nichtöffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	
2	Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung	

## A. Öffentlicher Teil

Zu TOP 1.

Verpflichtung der Beiratsmitglieder

Frau **Jung** verlas den Verpflichtungstext und verpflichtete die Beiratsmitglieder.

Zu TOP 2.  
151/2014

Aufnahme Einwohnerfragestunde in die Tagesordnung der Sitzung des Behindertenbeirates und Durchführung der Einwohnerfragestunde

### **Beschluss:**

Der Behindertenbeirat beschließt, dass für die gesamte Wahlperiode des Ausschusses eine Einwohnerfragestunde in die Tagesordnung der Sitzungen aufgenommen wird.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig angenommen

Zu TOP 3.

Einwohnerfragestunde

Es gab keine Wortmeldungen.

Zu TOP 4.

Inklusion in Schulen  
hier: Sachstandsbericht der Verwaltung

Herr **Brüggemann** trug für die Verwaltung vor. Einleitend wies er darauf hin, dass man vorsorglich für inklusionsbedingte Kosten 125.000 € in den Haushalt eingestellt habe.  
Hiervon sei zum Beispiel der Einbau des Aufzuges in der Schule in Heeren-Werve mit Kosten in Höhe von 45.000 € finanziert worden.

Herr Brüggemann verwies auch auf die im Schul- und Sportausschuss beschlossenen akustischen Maßnahmen zur Dämpfung der Schallkulisse in der Astrid Lindgren-Schule.

Bisher seien Anregungen auf diesem Sektor überwiegend aus den Primarstufen gekommen.

Derzeit gelte die Maxime, dass, anders als in der Vergangenheit, kein Schulraum mehr zurückgebaut würde. Dies erfolge, obwohl man einen Schülerrückgang von 900 in den neunziger Jahren auf derzeit 300 zu verzeichnen habe. Hierdurch sei man vor evtl. Anforderungen durch die Inklusion gewappnet.

Es gebe nach wie vor Schulen, die bisher keinerlei Wünsche geäußert hätten. Dies könne sich aber jederzeit durch neue Schüler ändern und man müsse dann auf Zuruf reagieren.

Fakt sei, dass alle in Kamen vertretenen Schulformen inklusiv beschulen wollen. Für die Gesamtschule eröffne sich z.B. dadurch das Problem, derzeit keinen behindertengerechten Zugang zu haben. Herr Brüggemann hob in diesem Zusammenhang hervor, dass man in Kamen eine verständnisvolle Schullandschaft habe.

Fakt sei, dass auf diesem Sektor auf das Land demnächst hohe Zahlungsforderungen zukommen würden.

Frau **Petra Jung** äußerte, dass ihr Sohn die Förderschule in Heil besuche und fragte, inwieweit ein Rechtsanspruch auf den Besuch dieser Schule bestehe.

Herr **Brüggemann** erwiderte, dass nach dem vorliegenden Gutachten die Förderschulen immer weniger Schüler hätten und die verbleibenden Förderschulen an relevanten Standorten platziert werden sollten.

Es sei auch davon auszugehen, dass die Käthe-Kollwitz-Schule in Folge der schrumpfenden Schülerzahlen geschlossen werde.

Frau **van Lück** äußerte ihre Sorge, dass durch die Reduzierung Schüler mit besonderen Problemstellungen durchs Raster fallen würden, weil die Wahlfreiheit eben stark eingeschränkt würde.

Herr **Brüggemann** wies darauf hin, dass die Wahlfreiheit dafür auf andere Ebenen ausgedehnt sei. Er bat die Ausschussmitglieder darum, den anstehenden Umstrukturierungsprozess zu begleiten, dies durchaus auch kritisch.

Frau **Middendorf** äußerte, dass der Elternwille weiterhin geachtet werden müsse. Sie wies darauf hin, dass beim weiteren Absinken der Schülerzahlen der verdichteten Standorte unter die Grenze von 144 Personen erhebliche Probleme für den Regelschulbetrieb auftreten würden.

Zu TOP 5.

Vorstellung des Projektes MIAR-Miteinander arbeiten  
Referentin: Frau Brüggendorst

Frau **Brüggendorst** referierte anhand einer Powerpointpräsentation, die der Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Frau **Hartig** fragte nach, wie lang das Projekt **MIAR** von der EU gefördert würde.

Frau **Brüggenhorst** teilte mit, dass dies seit Mitte 2013 bis Ende 2014 der Fall sei.

In Zusammenhang mit der von Frau Brüggenhorst erläuterten Beratungstätigkeit des Jobcenters wies Herr **Gödecker** auf seiner Meinung nach schlechte Beratung durch die Arbeitsagentur hin.

Frau **Brüggenhorst** meinte, dass sie das nicht beurteilen könne und natürlich auch keine Einflussmöglichkeiten auf die Arbeitsweise der Agentur habe. Für das Jobcenter könne sie festhalten, dass man organisatorisch sehr gut aufgestellt sei.

Herr **Langner** fragte nach, inwieweit die Möglichkeit bestünde, das im Vortrag enthaltene Zahlenmaterial auf Kamen herunterzubrechen.

Frau **Brüggenhorst** erwiderte, dass sich dieses unter anderem wegen der in den Behindertenwerkstätten tätigen Personen sehr schwierig gestalte.

Frau **Renate Jung** ergänzte, dass hier die Zuständigkeit des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe gegeben sei. In diesem Zusammenhang regte sie an, in einer der nächsten Sitzungen einen Vertreter des LWL vortragen zu lassen.

Frau **Middendorf** wies auf einen für sie besonders wichtigen Teil der Arbeit im Rahmen des Projektes hin. Dies sei für sie die Hilfestellung für die gehandicapten Menschen.

Frau **Jung** dankte für den informativen Vortrag und wies darauf hin, dass es sich um ein Beratungsfeld handle, welches nicht in Vergessenheit geraten dürfe.

Zu TOP 6.

Anregungen aus den Behindertenverbänden

Keine

Zu TOP 7.

Anhörung des Behindertenbeirates nach dem Behindertengleichstellungsgesetz

Herr **Jungmann** trug anhand von der Niederschrift in Kopie beigefügten Lageplänen und Fotografien vor. Im Einzelnen erläuterte er folgende Bauvorhaben:

- Straßenumgestaltung Nordring von Stormstr. bis Münsterstr.
- Ausbau der Germaniastr. von Robert-Koch-Str. – Westicker Str.
- Ausbau der Hammer Str. Kamen-Mitte
- Henry-Everling-Str./Unnaer Str./Heerener Str.

Der Ausschuss nahm die Ausführungen des Herrn Jungmann zustimmend zur Kenntnis.

Zu TOP 8.

Arbeitsplatzsituation für Menschen mit Behinderungen im Arbeitsagentur-Bezirk Kamen  
hier: Antrag der CDU-Fraktion

siehe TOP 5

Zu TOP 9.

Kamen erklärt sich solidarisch: "Die Stadt und die Behinderten" - Erklärung von Barcelona  
hier: Antrag der CDU-Fraktion

Für die CDU-Fraktion begründete Frau **Middendorf** noch einmal den Antrag und wies auf den am 03.12.14 bevorstehenden internationalen Tag der Menschen mit Behinderungen hin.

Die Ernennung eines städtischen Mitarbeiters zum kommunalen Beauftragten für Menschen mit Behinderungen sei notwendig, damit im Rathaus nur noch eine Anlaufstelle existiere.

Für die SPD-Fraktion lehnte Frau **Hartig** den Antrag ab. Mit dem derzeitigen Zustand sei man weiter. Es gebe starke Partner im Kreis und in den Sozialverbänden; nicht zu vergessen den Behindertenbeirat. Das reiche aus. Frau Renate Jung leiste wie der Ausschuss gute Arbeit.

Frau **Renate Jung** wies ergänzend darauf hin, dass im Kreis lediglich in 3 Städten kein Behindertenbeirat eingerichtet sei.

Herr **Mallitzky** erkundigte sich, ob es für die CDU einen konkreten Anlass für ihre Forderung nach einem Behindertenbeauftragten gebe.

Frau **Middendorf** verneinte dies. Sie bat darum, über die Anträge 1 und 2 getrennt abzustimmen.

Herr **Mösgen** vertrat die Auffassung, dass in der Bestellung eines Beauftragten keine Verbesserung liege. Er stellte fest, dass Behinderung eine Querschnittsaufgabe sei, die von mehreren Personen im Rathaus geschultert werden müsse und werde.

Herr **Heineck** stellte fest, dass hier Altes gefordert würde. Belange von Behinderten könnten nur Behinderte vertreten.

Frau **Jung** betonte, dass man die Leitlinien im Ausschuss lebe.

Herr **Clausing** bat darum, das politische Geplänkel zu unterlassen.

Frau **van Lück** meinte, dass der Ausschuss durch den Antrag nicht kritisiert würde. Sie fände eine zentrale Anlaufstelle gut, von dort könnte an die Spezialisten verwiesen werden.

Herr **Mösgen** erwiderte, dass diese zentrale Anlaufstelle in Person des Herrn Eichler existiere.

Herr **Langner** meinte, die Bekundung zu den Leitlinien tue nicht weh, damit sei auch kein Rückschritt verbunden. Nach seiner Auffassung könne ein bestellter Beauftragter offensiver nach außen handeln.

Frau **Renate Jung** wies darauf hin, dass die Sachkunde hier im Ausschuss vertreten sei. Dies funktioniere seit 20 Jahren und müsse so erhalten bleiben.

#### **Beschlussempfehlung:**

1. Der Rat der Stadt Kamen erklärt sich mit dem Wortlaut der Präambel zur „Erklärung von Barcelona – die Stadt und die Behinderten“ solidarisch.
2. Der Rat der Stadt Kamen hält es für sinnvoll, eine Anlaufstelle für Menschen mit Behinderungen in unserer Stadt zu schaffen. Über einen kommunalen Beauftragten für die Belange von Menschen mit Behinderungen soll das Beratungs- und Informationsangebot für die Betroffenen ausgebaut werden. Vor diesem Hintergrund beauftragt der Rat der Stadt Kamen die Verwaltung zu prüfen, wie die Realisierung der Anlaufstelle und des kommunalen Beauftragten erfolgen kann. Es wird eine Umsetzung zum 1. Juli 2015 angestrebt.

#### **Abstimmungsergebnis:**

zu Punkt 1: bei 2 Enthaltungen und 13 Gegenstimmen mehrheitlich abgelehnt

zu Punkt 2: bei 3 Enthaltungen und 13 Gegenstimmen mehrheitlich abgelehnt

Zu TOP 10.

Wirtschaftlicher Ausblick

Referent: Herr Bernd Wenge, Vorstandsmitglied der Sparkasse UnnaKamen

Auf die Protokollierung wird einvernehmlich verzichtet.

Zu TOP 11.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Herr **Mösgen** teilte mit, dass er aufgrund der Hinweise im Vorjahr die Winterwelt inspiziert habe und sie nach seiner Wahrnehmung barrierefrei sei.

Frau **Renate Jung** wies auf neue Demenzflyer und den VKU-Flyer schneefreie Haltestellen hin.

Außerdem empfahl sie den Besuch des Internetauftritts [www.engagiert-in-nrw.de](http://www.engagiert-in-nrw.de). Desweiteren herrsche mehrheitlich die Meinung, dass der Sitzungsbeginn auch künftig auf 17.00 festgesetzt werden solle.

**B. Nichtöffentlicher Teil**

Zu TOP 1.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Keine

Zu TOP 2.

Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung

Keine

gez. Renate Jung  
Vorsitzende

gez. Jörg Mösgen  
Schriftführer